

Vor der Wahl passiert nichts mehr

Die Debatte um die Jugendverkehrsschule Bremer Straße tritt auf der Stelle



Die Stadtteilvertretung Turmstraße setzt sich nach wie vor für den Weiterbetrieb der Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße ein. Mit einem Plenumsbeschluss vom Mai 2016 fordert sie nun den Bezirk Mitte auf, »zum nächstmöglichen Termin bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt ausreichende Programmmittel für eine angemessene Sanierung des Geländes der JVS in der Bremer Straße aus dem Bund-Länder-Programm »Aktive Stadt- und Ortsteilzentren« zu beantragen.« Außerdem fordert die STV den Bezirk auf, »umgehend einen Betreiber mit der ganztägigen Öffnung der Jugendverkehrsschule in der Bremer Straße zu beauftragen.«

Doch so einfach ist die Sache nicht. Die Jugendverkehrsschule (JVS) in der Bremer Straße 10 ist seit zwei Jahren Gegenstand bezirkspolitischer Debatten. Wie berichtet, hatte das Bezirksamt Mitte 2014 eine Schließung des Standorts vorgeschlagen, weil er stark sanierungsbedürftig und nicht ausgelastet sei und die Bezirksfinanzen eine umfassende Sanierung und notwendige personelle Ausstattung nicht zuließen. Stattdessen sollten die Kapazitäten auf den Erhalt und Ausbau der Jugendverkehrsschule in der Weddinger Gottschedstraße konzentriert werden; für die Bremer Straße 10 wurde ein städtebauliches Nachnutzungskonzept für sozialen Wohnungsbau mit einer Kita favorisiert. Dagegen regte sich Protest, auch seitens der Stadtteilvertretung. Seither gab es viele, auch öffentliche Debatten, nach monatelangem Verschleppen beschäftigte sich auch die Bezirksverordnetenversammlung mit dem Thema und lehnte in diesem Jahr mehrheitlich eine Schließung ab. Das ändert freilich nichts am Status Quo – denn geschlossen war und ist die JVS ja nicht; Schulen oder Kitas, die das Areal nutzen wollten, konnten das auch weiterhin tun. Nur ist die JVS eben in einem jämmerlichen Zustand. Eine »Ertüchtigung der JVS«, wie die BVV ebenfalls mehrheitlich auf Antrag der Linken vom Bezirksamt fordert, braucht aber ein Konzept, einen Betreiber und die notwendige Finanzierung.

Zwar ist es ein Fortschritt, dass das novellierte Schulgesetz jetzt den Betrieb von Verkehrsschulen als kommunale Pflichtaufgabe ansieht – das bedeutet jedoch lediglich, dass jeder Bezirk eine Verkehrsschule betreiben muss, und das ist im Bezirk Mitte mit dem Standort Gottschedstraße erfüllt, der ausgebaut ist, erfolgreich vom Verein »Wendepunkt e.V.« betrieben wird und Ende Juli ein großes Sommerfest feierte.

Auch die Beantragung von Mitteln aus dem Förderprogramm »Aktive Zentren« für die Sanierung der JVS Bremer Straße ist an bestimmte Bedingungen geknüpft. Denn der Standort liegt nicht im Fördergebiet des »Aktiven Zentrums«, sondern knapp außerhalb. Damit ist er auch nicht in der »Kosten- und Finanzierungsplanung« für Projekte und Vorhaben im Aktiven Zentrum vorgesehen, die der Bezirk mit dem Fördergeber, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, langfristig abstimmt. Zwar gibt es auch die Möglichkeit, bestimmte Infrastrukturprojekte zu berücksichtigen, die zwar außerhalb des Gebiets liegen, aber zum Einzugsbereich des Fördergebiets gehören und dringend zur Grundversorgung benötigt werden (z.B. Kitas, Schulen), doch ob dazu eine JVS gezählt wird, ist mehr als fraglich.

Grundsätzlich, so erklären das Büro KoSP als Gebietsbeauftragter für das Aktive Zentrum Turmstraße und auch die zuständige Mitarbeiterin der Senatsverwaltung, muss das verantwortliche Fachamt einen entsprechenden Antrag auf Förderung stellen. Zuständig für die Jugendverkehrsschulen ist das Schul- und Sportamt des Bezirks Mitte, nicht das Stadtentwicklungsamt. Notwendig wären bei einem Antrag ein überzeugendes, tragfähiges Nutzungskonzept und die Garantie, dass die Einrichtung für mindestens zehn Jahre erhalten bleibt, sich die Investition von Förder- (mithin Steuergeldern) also nachhaltig lohnt. Beides ist beim gegenwärtigen Stand der Dinge sehr unwahrscheinlich. Doch auch die Befürworter des JVS-Standortes haben weder ein innovatives Konzept noch einen potentiellen Betreiber in petto.

Andreas Wilke vom Büro KoSP formuliert seine persönliche Einschätzung so: »Eine Jugendverkehrsschule in dieser herkömmlichen Form ist vielleicht auch nicht mehr zeitgemäß. Dieses Grundstück wäre verschenkt, um einfach nur Kinder dort das Radfahren üben zu lassen. Interessanter wäre eine Kombination mit weiteren Nutzungen.« Angesichts der Förderbedingungen könne man dem Anliegen der STV aus allen vorgenannten Gründen nicht folgen. us